

## Affront

Zu den Beiträgen „Übergriff auf Kritiker“ und „Ein Angriff“ (F.A.Z. vom 18. Februar): In den beiden Artikeln wird mit Recht herausgestellt, daß der unglaubliche Übergriff gegen Stadelmaier auch ein Angriff auf die Öffentlichkeit des Theaters, das heißt das Publikum, bedeutet. Und so fühle ich mich denn auch als ein seit Jahrzehnten unter den unakzeptablen Auswüchsen des sogenannten Regietheaters leidender Theaterbesucher mit diesem pubertären Affront mit Stadelmaier ebenfalls angepöbelt und zutiefst beleidigt.

Wolfgang Jäger, Dortmund

## Götz von Berlichingen

Zum Zwischenfall mit Stadelmaier am 16. Februar auf der Experimentierbühne der Schmidtstraße in Frankfurt am Main kann ich nur sagen: Einem Kritiker, der jede intim-intensive biologisch-menschliche Interaktion, gleichgültig ob hetero- oder homosexuell, auf der Bühne verurteilt, der jeden Autoerotizismus mißgünstig kommentiert, der sich weigert, das Ergebnis normaler physiologischer Prozesse der Schauspielkörper auf der Bühne zu akzeptieren, dem mußte endlich einmal ein moderner Götz von Berlichingen ein mutiges „Verpiß dich!“ nachrufen.

Wolfgang Henke, Bubenreuth

## Theaterleutearroganz

Es ist mir ein Bedürfnis, zu dem Angriff gegen Gerhard Stadelmaier festzustellen: In den Pöbeleien und Attacken eines Schauspielers gegen einen Gast des Theaters, der obendrein Theaterkritiker ist, kommt die Arroganz von Theaterleuten zum Ausdruck, die mit hochmütigem Dilettantismus ihren eigenen Beruf verraten. Und diesen Verrat uns noch als Theaterkunst verkaufen möchten. Der Eklat im Frankfurter Schauspiel ist insofern ein Lehrstück.

Heidi Beil, Bad Nauheim

## Mit Vernunft

Hiermit setze ich meine Unterschrift unter eine imaginierte Sympathiekundgebung aller F.A.Z.-Leser für Gerhard Stadelmaier – einer der wenigen, der dem Theater noch Vernunftmaßstäbe entgegenhält.

Dr. Annemie Buchloh, Köln

## Kulturuntergang

Den Bericht „Ein Angriff ... von einer Attacke ... im Schauspiel Frankfurt“ (F.A.Z. vom 18. Februar) von Gerhard Stadelmaier kann man nur mit größtem Widerwillen, enormem Ekelgefühl und mit höchster Fassungslosigkeit zur Kenntnis nehmen. Allein die widerliche Fäkalprache des Schauspielers Thomas Lawinky spricht Bände von dem Untergang unserer Kultur. Noch viel empörender empfinde ich das, was im Schauspiel Frankfurt in dem Stück „Das große Massakerspiel“ von Eugène Ionesco dem Publikum zugemutet wird: „Schauspieler erbrechen minutenlang Mineralwasser, einer Schwangere wird das Fruchtwasser abgezapft und dieses dann geschlürft, wobei eine andere Frau zwei Männer, die ‚Ein Bier!‘ verlangt hatten, ausgiebig masturbiert ...“ Warum lassen sich Schauspieler und Schauspielerrinnen zu solchem ordinären Treiben verleiten und herab? Warum verläßt das Publikum nicht eine derartig dekadente Aufführung? Und warum haben sich die anderen Theaterkritiker nach den bodenlosen Attacken gegen ihren Kollegen nicht solidarisch verhalten? Und warum schließlich müssen wir Steuerzahler derartige Bühnen kontinuierlich mitfinanzieren? Mit Geist, Witz und Kunst hat das wahrlich nichts mehr zu tun!

Professor Dr. med. Wolfgang Firnhaber, Darmstadt

## Wo rohe Kräfte sinnlos walten

Eklat um F.A.Z.-Rezensent Stadelmaier am Frankfurter Schauspiel: Diese brutale, vulgäre Entgeisung des Jobbers ohne Kultur mit Namen Thomas Lawinky ist ein Angriff auf die im Grundgesetz verbürgte Würde des Kritikers Gerhard Stadelmaier. Der Vorgang verdient es, mit Ekel und Abscheu bezeichnet zu werden. In England und Frankreich undenkbar und auch vor zwanzig Jahren noch in dieser vulgären Verletzung in Deutschland nicht vorstellbar. Ich schäme mich für meinen Berufsstand. Die Spielregeln zwischen Bühne und Publikum sind tatsächlich verletzt, und das halte ich für unverzeihlich. Der Kritiker Stadelmaier ist mit seinen differenzierten, analytischen, sinnbetörend bildhaften Arbeiten für das Theater durch viele Jahre ein Glücksfall für Deutschland. Claus Peymann versucht sich noch mal jugendlich progressiv zu geben und „Publikums-Kritiker- und Selbstbeschimpfung“

Zum Schauspieler-Angriff auf Gerhard Stadelmaier: Zuerst wollte ich die Nachricht unter „Kurioses“ abheften, so etwa im Sinne von Herrn Paul: endlich mal was los, eine Hetz. Da ist ein Schauspieler ausgerastet, das ist sein Problem. Nun, was nicht alles vorkommen kann. Dann las ich Gerhard Stadelmaiers Bericht (F.A.Z.-Feuilleton vom 18. Februar), und mir wurde leicht mulmig. Dennoch hielt ich es von fern für möglich, wenn auch nicht wahrscheinlich, daß der Kritiker einem Gag der Inszenierung aufgesessen sein könnte und nur nicht lange genug geblieben ist, um das „April, April!“ zu hören. Als ich aber von den Auslassungen Claus Peymanns hörte, legte ich die Ohren an. Was geschieht hier? Was sind das für Töne? Ist es denkbar, daß die Szene gewollt und geplant war? Man darf gespannt sein, was der Ver-

Zum Artikel von Alfred de Zayas: „Gegen Dreistigkeit, Diskurs über Nahost-Konflikt erfordert intellektuelle Redlichkeit“ (F.A.Z. vom 3. Februar): De Zayas' Attacken gegen mich enthalten so viele Lügen, daß es erstaunlich ist, daß die F.A.Z. diese nicht entdeckt hat. Man denke nur an folgende Verzerrung meiner Sichtweise: „Alan M. Dershowitz ... (rechtfertigte arrogant) in seiner Streitschrift ‚The Case for Israel‘ (2003) die Folterpraktiken israelischer Militärs und Geheimdienstler, die teils wahllose, teils gezielte Tötung Tausender von Palästinensern, die Vertreibung Hunderttausender von ihnen seit der Gründung Israels und die Zerstörung ihrer Heime zum Zwecke des Baues jüdischer Siedlungen.“ Wenn jemand nur einen Blick in meine Bücher geworfen hätte, hätte man sehr leicht sehen müssen, daß jedes Wort in diesem Satz nachweislich falsch ist. Ich habe folgendes über Folter geschrieben: „Ich bin normativ gegen Folter und würde gerne sehen, daß Folter abnimmt. Ich glaube jedoch, daß heutzutage Folter von den USA und vielen ihrer Verbündeten praktiziert wird. Demgemäß lautet die Frage, die ich mir stelle, wie folgt: Wenn Folter tatsächlich angewendet wird oder im Szenario der ‚tickenden Bombe‘ angewendet würde, würde es normativ besser oder schlechter sein, wenn diese Folterpraxis durch richterliche Anordnung mit Verantwortlichkeiten, Aufzeichnungen und klaren Regeln und Grenzen reguliert würden.“

Folgendes schrieb ich über die gezielte Tötung von Terroristen: „Ich glaube, daß gezielte Tötungen nur als Ultima ratio angewendet werden sollen, wenn es keine Möglichkeit gibt, den Mörder zu verhaften oder festzunehmen (obwohl das Kriegsrecht dies nicht einmal verlangt, weil der Mörder ein Kriegsteilnehmer ist), wenn der Terrorist in eine gerade stattfindende mörderische Tätigkeit involviert ist und wenn die gezielte Tötung mit angemessenen Sicherheitsbedenken für unschuldige Dritte vollstreckt werden kann. Verhältnismäßigkeit ist von entscheidender Bedeu-

an seinem hochsubventionierten Haus als erwünscht darzustellen und Thomas Lawinky aufzunehmen. In Wahrheit rächt er sich an dem Rezensenten für Verriße seiner Inszenierungen und nennt Herrn Stadelmaier einen „Theaterkaputtstreiber“. Wenn die Rezensionen eines Kritikers für ihn persönlich lebensgefährlich werden, dann gibt es Peymann ohne Kritik und, wie ich mir wünsche, auch bald ohne Subventionen, denn solches darf weder gefördert noch hingenommen werden. Kritiker, die einem nicht passen, verbal und tätlich anzugreifen stellt eine eklante Verletzung der Verabredungen in unserer Gesellschaft dar. Der Rezensent, der Claus Peymanns Tun nicht huldigt, ist ein „Theaterkaputtstreiber“, den man vulgär angreifen, verletzen, kränken und in Angst versetzen darf. Na, wenn das keine Zensur ist?

Peter Fricke, Staatsschauspieler, München

## Was sind das für Töne?

antwortliche, der sich ja nicht einfach unter Peymanns Fittiche flüchten kann, zu seiner Rechtfertigung vorbringen wird.

Stadelmaier hat es gewiß nicht nötig, daß man ihm Mut zuspricht, aber bei dieser Gelegenheit möchte ich doch einmal sagen, wie erfrischend seine Kritiken mit ihrem unerschöpflich kreativen Wortwitz immer sind, ein wahres Feuerwerk von manchmal surrealistischer Brillanz, geradezu als eigene Textsorte zu genießen, auch wenn man das betreffende Theaterstück gar nicht kennt. Mag er bei dieser Akrobatik schon mal übers Ziel hinausgeschossen sein – an wirklich beleidigende Äußerungen kann ich mich nicht erinnern. Bitte unbeirrt fortzufahren.

Christa Wißkirchen, Pulheim

## Verzerrte Sichtweise

tung für jede militärische Handlung, und gezielte Tötungen sollten auch mit Hilfe dieses Konzeptes bewertet werden.“

Ferner ist anzumerken, daß nicht einmal die radikalsten Palästinenser behaupten, daß Israel „Tausende von Palästinensern“ gezielt getötet habe. Einer Studie von B'Islem zufolge – einer Menschenrechtsorganisation, die sehr kritisch gegenüber Israels Politik ist – sind 300 Palästinenser bei gezielten Tötungen umgekommen; davon waren 191 Terroristen und damit Kriegsteilnehmer. Ebensovien erwähnt de Zayas, wie viele Israelis bei Terroranschlägen ermordet wurden und wie viele unschuldige Menschenleben gerettet wurden, da durch die gezielte Tötung von Terroristen Anschläge vereitelt wurden.

Schon seit 1973 war ich ein Gegner der „Zerstörung (palästinensischer) Häuser zum Zwecke des Baues jüdischer Siedlungen“. Tatsache ist, daß ich schon immer gegen die Errichtung der jüdischen Siedlungen in den besetzten Gebieten war, auch wenn damit nicht die Zerstörung palästinensischer Häuser verbunden wäre. De Zayas saugt sich daher diese Ansichten aus den Fingern, die ich, seiner Meinung nach, „arrogant“ unterstützte. Meine tatsächlichen Ansichten sind sehr leicht zugänglich, sogar in deutscher Sprache. Mein Buch „The Case for Israel“ ist unter dem Titel „Plädoyer für Israel“ im Europa Verlag, Hamburg erschienen. De Zayas vermutet, daß ich diese Sichtweisen habe, die er fälschlicherweise mir zuschreibt, weil ich ein jüdischer Unterstützer Israels bin (wenngleich ich nicht jede politische Handlung Israels unterstütze). Das ist ein von Vorurteilen geprägtes Denken, das an Antisemitismus grenzt. Ihre Zeitung ist leider auch nicht frei von der Bigotterie, wie daran abzulesen ist, daß Sie mich einen „Militanten“ genannt haben trotz der Tatsache, daß ich seit jeher das Ende der israelischen Besetzung, den Abbau der Siedlungen und die Zwei-Staaten-Lösung unterstütze.

Alan M. Dershowitz Felix, Frankfurter Professor of Law, Harvard University, Cambridge

## Kulturelle Vielfalt in Siebenbürgen

Zum Beitrag „Ceausesuc Lehranstalt“ von Reinhard Olt (F.A.Z.-Feuilleton vom 22. Februar) stellen wir fest: Nie haben an der größten Universität Siebenbürgens so viele Rumänen studiert wie heute. An neunzehn Fakultäten der Babeş-Bolyai-Universität wird in rumänischer Sprache unterrichtet (88 Lizentiatsstudiengänge, neun Außenstellen, 72 Masterstudiengänge; insgesamt 34 854 Studierende der Lizentiatsstudiengänge und 2857 Studierende der Masterstudiengänge, zu denen noch 1887 ungarische Studierende hinzukommen, die ihrem Wunsch gemäß in anderen Sprachen studieren). Nie waren die Möglichkeiten für ein Studium in deutscher Sprache besser als heute. An zehn Fakultäten der Babeş-Bolyai-Universität wird in deutscher Sprache unterrichtet (14 Lizentiatsstudiengänge, drei Außenstellen, drei Masterstudiengänge). Nie sind die Geschichte und Kultur des jüdischen Volkes systematischer gelehrt worden, und nie war das Erlernen des Hebräischen bedeutender (zwei Lizentiatsstudiengänge, ein Masterstudiengang, insgesamt 92 Studierende der Lizentiatsstudiengänge und 15 Studierende des Masterstudiengangs).

Nach 1989 war jeder Rektor der

Babeş-Bolyai-Universität bemüht, dieses mehrsprachige und kulturelle System auszubauen, das eines der entwickeltesten in Europa ist und das bestimmt dazu beigetragen hat, daß sich die ethnischen Gemeinschaften Siebenbürgens kulturell entfalten konnten. Für jeden normal Denkenden haben die Bemühungen, die Ausbildung in Rumänisch, Ungarisch und Deutsch zu ermöglichen sowie die jüdischen Studien zu begründen und zu entwickeln, nichts mit Nationalismus zu tun, sondern, wie man weiß, mit dem Gegenteil. Es gibt keine Äußerungen, keine Stellungnahmen seitens der Leiter der Babeş-Bolyai-Universität, die der kulturellen Entfaltung der Rumänen, Ungarn, Deutschen, Juden und anderer ethnischer Gemeinschaften aus Siebenbürgen irgendwie widersprochen hätten. Es wäre zu begrüßen, wenn als Vorbedingung intellektueller und moralischer Ehrlichkeit sich diejenigen, die sich über die Babeş-Bolyai-Universität äußern, vorher informieren würden.

Professor Dr. Nicolae Boşan (Rektor), Professor Dr. Şerban Agachi, Professor Dr. Wolfgang Breckner, Professor Dr. Ştefan Szamosközi, Professor Dr. Ladislau Gyemant, Babeş-Bolyai-Universität, Klausenburg

## Gesundbeterei

Im Artikel „Bessere Aussichten für Osteuropa“ (F.A.Z.-Wirtschaftsteil vom 4. Februar) heißt es: „Leicht gestiegen ist indes die Zahl der Stellensuchenden in Rumänien und in Ungarn. Allerdings liegt die Arbeitslosenquote in diesen beiden Ländern bei etwa 7,5 Prozent.“ Seit 1975 kennen ich Rumänen, seit 1979 dokumentiere ich die Veränderung des Lebens in vier Berggebieten. Diese Zahl von 5 bis 7,5 Prozent Arbeitslosigkeit in Rumänien hatte auch der ehemalige Vorsitzende der „Deutsch-Rumänischen Gesellschaft“ Klaus Franke zitiert. Ebenso wie die Berechnungen zum Durchschnittsverdienst der Rumänen oder die Zahl der Roma können diese Zahlen nur in den Bereich des Wunschdenkens verwiesen werden. Die Arbeitslosigkeit ist – abgesehen von einigen tatsächlich prosperierenden Regionen wie Arad, Temeswar, Klausenburg und Bukarest – sehr hoch und erreicht sicher 40

## Eine neue Klientel an die Universität gelockt

Zu „Befreiungsschlag“ (F.A.Z.-Feuilleton vom 28. Januar): Dieses Mal bin ich nicht nur Jürgen Kaube, sondern wenigstens zum Teil auch dem Wissenschaftsrat für seine Stellungnahme dankbar. Allerdings scheint mir, daß Kaube doch etwas voreilig den Wissenschaftsrat gleich die Abrißbirne an der Reformfassade schwingen sieht. Dem Wissenschaftsrat geht es doch wohl mehr darum, das von ihm selbst lange unterstützte Reformgebäude instand zu setzen beziehungsweise zu halten. Ich möchte das anhand der gestuften Studiengänge erläutern. Die Universitäten, wenigstens in Nordrhein-Westfalen, wurden zu dieser Reform vom Ministerium und von den mit ihm verbündeten Professoren in den eigenen Universitäten gedrängt. Gelockt, ja teilweise überzeugt von der Aussicht, in konsekutiven Studiengängen eine bessere Ausbildung gewährleisten zu können und höhere Absolvatenzahlen zu erzielen, willigten die Fakultäten in die Reform ein.

Statt eines vernünftigen konsekutiven wurden jedoch gestufte Studiengänge eingerichtet. Wie sich bereits nach wenigen Jahren zeigt, wurde eine neue Klientel an die Universität gelockt, deren intellektueller Horizont zu einem beträchtlichen Teil das dreijährige Bachelor-Studium nicht übersteigt und die die Universität aufsucht, weil sie an den Fachhochschulen oder in der beruflichen Ausbildung nicht aufgenommen wird. Anstatt die alte Studierendenschaft, die von Studienbeginn an einen Abschluß nach einem fünfjährigen Studium anstrebte, in einem gut modulierten Studiengang strukturierter auszubilden, sehen sich die geisteswissenschaftlichen Fakultäten jetzt einem neuen An-

sturm von Studierenden ausgesetzt, der trotz größerer Anstrengungen in der Lehre nicht nur zu einer deutlich schlechteren Betreuungsrelation führt. Vielmehr sind viele dieser Studierenden den Anforderungen anspruchsvoll „gestrickter“, bis zum Master führender Studiengänge nicht gewachsen.

Wenn der Wissenschaftsrat nun eine verbesserte Betreuungsrelation, substantielle Mittelzuwächse und eine Veränderung der Kapazitätsberechnung wünscht, dann fordert er die Politik auf, den Universitäten die Infrastruktur zu ermöglichen, welche eine notwendige, jedoch nicht hinreichende Grundlage für die erfolgreiche Umsetzung der Studienreform ist. Da der Wissenschaftsrat zugleich und zu Recht als Aufgabende der gestuften Studiengänge „die Vermittlung wissenschaftlicher Kompetenz als auch die Beschäftigungsbefähigung“ beschreibt, darf er das Problem der Qualität der Vorbildung der Studierenden nicht ausklammern. Das vom Wissenschaftsrat angestrebte Ziel kann jedenfalls nicht mit Studierenden erreicht werden, die den Weg in eine anspruchsvolle Fachhochschul- oder Berufsausbildung nicht finden würden. Sollte geisteswissenschaftlichen Fächern nicht mehr die Schließung drohen, weil sie dank wesentlich anspruchsvoller definierter Studienvoraussetzungen nur kleinere Studierendengruppen ansprechen, dann könnte die Studienreform ein Erfolg werden. Und dieser Erfolg wäre die Voraussetzung dafür, daß den Lehrenden die Freiräume bleiben, die sie für die Durchführung eines guten Masterstudiums und für die Betreuung von Doktoranden dringend benötigen.

Professor Dr. Franz Lebsanft, Bochum

## Wissenschaft und Politik

„Ich bin ausgezogen, um für eine gerechtere Steuer zu werben“, schreibt Professor Kirchoff in seinem Aufsatz „Der mündige Wähler“ (F.A.Z. vom 8. Februar). Aber was ist denn in Deutschland gerecht? Nur wenig steht im Grundgesetz. Denn in einer Demokratie bestimmt im wesentlichen die Mehrheit, was gerecht ist. Ökonomen haben dazu seit langem Theorien entwickelt. Danach schürten Politiker unter dem Druck des Wettbewerbs jedem Wähler (in Annäherung jeder Wählergruppe) ein gesondertes Steuer-Leistungs-Paket, um damit die Wahlen zu gewinnen. Das Bündel von Paketen, das die Mehrheit der Stimmen auf sich vereinigt, wird durchgesetzt. Jedes andere Bündel, wie „gerecht“ es auch sei, unterliegt und ist damit politisch wertlos. In einem großen Land ist eine Flat Tax (mit Freibetrag), wie sie Kirchoff vorschlägt, für politische Gegenaktionen besonders anfällig. Der Gegner braucht nur eine Ausnahme zur Flat Tax vorzuschlagen, und schon hat er die Stimmen gewonnen, die Kirchoff in die Minderheit versetzen. Besagte „Krankenschwester“ ließ nicht auf sich warten. Zwei Schlußfolgerungen: Wissenschaftliche Diskussion sollte der politischen Diskussion vorangehen, und Politiker sollten sehen, daß es stets widerstreitende wissenschaftliche Theorien gibt. Nicht alles, was formaljuristisch richtig ist, wird in der Politik Erfolg haben. Hier wäre ein offenes Ohr für die Botschaften der Wissenschaft nützlich.

Professor Dr. Charles B. Blankart, Humboldt-Universität Berlin

## Kirchhof-Kopien

Mit großem Genuß habe ich den ganzseitigen Beitrag von Professor Kirchoff vom 8. Februar gelesen. Eine solche Stellungnahme trägt dazu bei, die Wahlmühsere verständlich zu machen. „Der mündige Wähler“ – wenn es ihn doch häufiger gäbe! Aber vielleicht wird mancher Wähler mündig, wenn er diesen Beitrag liest, wobei man zweifeln muß, ob ein unmündiger Wähler das überhaupt tut. Ich kann Kirchoff nur danken für seine umfassenden, brillanten und überzeugenden Darstellungen zum demokratischen Wahlkampf. Ich werde allen meinen wahlberechtigten Kindern und Enkeln, insgesamt sieben, eine Kopie dieses Beitrags schicken. Was sie auch gewählt haben mögen, sie sollen die Wahlwahrheit zur Kenntnis nehmen. Wenn man die Schilderungen von Kirchoff liest, begreift man, wie zwiespältig und schwierig es ist, als Politiker seine aufrechte Haltung zu wahren. Ganz besonders gefallen hat mir auch die abschließende Äußerung zur Gestaltung der „bürgerlichen Familie“ als Lebensprovokation.

Dr. jur. Günther Reinisch, Heiligkreuzsteinach

## In Heidelberg

Kirchoff steht als Gelehrter, der in den Niederungen der politischen Auseinandersetzungen gescheitert ist, nicht nur in der Tradition der Heidelberger Denkfabrik, wie Leser Professor Dr. Weirich ausführlich (F.A.Z. vom 22. Februar), sondern er steht in der Tradition der europäischen Geistesgeschichte. Platon denkt in seinem Höhlen-gleichnis an Sokrates, der 399 vor Christi Geburt von den Athenern zum Tode verurteilt worden ist, wenn er fragt, wie es wohl einem Philosophen ergehen werde, der das Licht der Wahrheit geschaut hat und in die Höhle der Alltagswelt zurückkehrt. „Würde man ihn nicht auslachen und sagen, er sei von seinem Aufstieg mit verdorbenen Augen zurückgekehrt, und es lohne sich ganz und gar nicht, den Aufstieg zu versuchen? Und würden sie nicht einen, der sich daran machte, die Menschen zu befreien und hinaufzuführen, töten, wenn sie ihn denn zu fassen bekämen und töten könnten?“ Welch ein Glück, daß der Professor aus Heidelberg die Idee der Steuergerechtigkeit in Deutschland in die Praxis umzusetzen versucht hat und nicht im alten Athen.

Kurt Roeske, Ober-Olm

## ANZEIGE

# Jesus Christus ist der Weg, die Wahrheit und das Leben

## Sein Missionsauftrag gilt für alle Menschen, auch für die Muslime

**Wir wissen nicht, wie lange es hierzulande noch Meinungsfreiheit gibt. Wir wissen nicht, ob die Christen demnächst Minderheit in einem Land sind, in dem die Muslime dominieren. Bevölkerungswissenschaftler sagen, diese Entwicklung sei schon jetzt unausweichlich geworden. Deshalb unser dringender Appell:**

• Gott ist die Liebe. Der Auftrag des menschgewordenen Gottessohnes Jesus Christus an die Kirche, alle Menschen zu lehren und zu taufen, ist ein Auftrag der Liebe und gilt für alle Zeiten, auch für heute. Er gilt für Juden, Muslime und Atheisten.

• Gespräche mit Machthabern, auch mit islamischen, um Menschenrechte und Frieden zu sichern, sind sinnvoll und notwendig. Aber der „interreligiöse Dialog“ von christlichen Amtsträgern mit islamischen Repräsentanten über Glaubenslehren ist sinnlos. Er versperrt den Weg zu den Muslimen, die die Wahrheit suchen.

• „Allah“ ist nicht der Dreifaltige Gott. Daher darf es erst recht keine interreligiösen Gottesdienste und multireligiösen Feiern mit Muslimen geben. Sie führen zu Glaubensabfall und Indifferentismus, mindestens zur Verwirrung. Deshalb müssen die Leitlinien und Arbeits-hilfen der Bischofskonferenz für „multireligiöse Feiern“ endlich zurückgezogen werden.

• Die Sorge der Kirche und ihrer Amtsträger muß vielmehr jedem einzelnen Menschen, auch jedem einzelnen Muslim, gelten. „Denn Du, o Gott, hast uns auf Dich hin geschaffen, und unser Herz ist unruhig, bis es Ruhe findet in Dir.“ (Augustinus) Das meint auch der lateinische Satz „Anima humana naturaliter christiana“.

• Es ist eine Pflicht der Liebe, allen Menschen, auch den Muslimen, Christus als den Weg, die Wahrheit und das Leben zu zeigen. In keinem anderen ist Heil. Wer ihn gesehen hat, hat den Vater gesehen.

**Vereinigung der Initiativkreise kath. Laien und Priester im deutschen Sprachraum e. V.**



**Pro Sancta Ecclesia Initiative kath. Laien und Priester e. V.**

St.-Georg-Straße 7  
D 86833 Siebnach

Diese Anzeige wird durch Spenden finanziert. Konto: Pro Sancta Ecclesia Sparkasse Passau BLZ 740 500 00 Konto-Nr. 90 89 046

• Es ist eine Pflicht der Liebe, den in Unfreiheit und Abhängigkeit gehaltenen islamischen Frauen die herausgehobene Stellung der Frau im Christentum zu zeigen: Eine Frau, Maria, die Mutter Jesu Christi, ist der exemplarische Christ, der „Prototyp“ des Christen.

• Nicht nur der Islamismus im engeren Sinne ist das Problem, sondern zu einem erheblichen Teil auch der Islam selbst sowie seine Vermittlung an die nächste Generation. Deshalb müssen islamische Schüler auch weiterhin zur Teilnahme am Ethikunterricht verpflichtet werden. Auf keinen Fall dürfen sich die Bischöfe zu Fürsprechern der Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an staatlichen Schulen machen.

• Die bei uns lebenden Anhänger des Islam sollen gerade im Ethikunterricht erkennen, daß das christliche Abendland andere Werte hat als Abtreibung, Euthanasie, Homosexualität, Prostitution und Blasphemie.

• Allen Menschen in unserer Gesellschaft muß wieder bewußt werden, was sie im Zusammenleben der Menschen dem christlichen Erbe verdanken: Die Ethik der Liebe und der Gewaltlosigkeit. Auch die Muslime sollen erkennen, daß es nach dem Beispiel des gekreuzigten Erlösers Jesus Christus sogar besser ist, Unrecht zu erleiden als Gewalt auszuüben.

**Die verheerenden Folgen der Irrwege und Versäumnisse der letzten Jahrzehnte können nicht mehr geleugnet werden. Daher wenden wir uns mit großem Ernst vor allem an unsere Bischöfe, endlich alle ihre Möglichkeiten im Sinne dieses Apells einzusetzen. Wir wissen allerdings sehr wohl, daß hier alle glaubenstreuen Christen, alle Menschen guten Willens, in der Pflicht stehen.**

**Handeln wir, solange wir noch die Möglichkeit dazu haben!**